Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10026

04. 03. 98

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.

Internationale Kontrolle und Abrüstung von Kleinwaffen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag begrüßt die bisherigen Bemühungen der Bundesregierung, im Rahmen der Vereinten Nationen ein System zur Kontrolle und zur Abrüstung von Kleinwaffen zu entwickeln und zu etablieren. Die von der Bundesregierung bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen eingebrachten oder mitgetragenen Resolutionen zu dieser Thematik sind ein deutlicher Beleg für das deutsche Engagement.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, weiterhin nationale, regionale und im Rahmen der Vereinten Nationen entwickelte Initiativen zur Kontrolle und Abrüstung von Kleinwaffen zu unterstützen und voranzutreiben. Die Bundesregierung soll folgende Ziele unterstützen:

1. Bemühungen der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen um eine wirksame nationale Kontrolle der Kleinwaffenbestände und der Vergabe von Kleinwaffen sollten unterstützt werden.

2. Die Entwicklung eines „code of conduct" für den Export von Kleinwaffen ist zu fördern. So ist auch eine Harmonisierung der Exportpolitiken in der EU anzustreben. Überlegungen und Tendenzen anderer Staaten oder regionaler Gruppierungen, eine restriktivere Rüstungsexportpolitik zu verfolgen, müssen gefördert werden.

3. Der illegale Waffenhandel muß durch verstärkte nationale Bemühungen der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen – z. B. durch intensivere Grenzkontrollen oder verbesserte Mechanismen in der Zollabfertigung – bekämpft und so weit wie möglich unterbunden werden. Die internationale Kooperation bei der Bekämpfung des illegalen Waffenhandels muß verstärkt werden.

4. Die Transparenz im Handel mit Kleinwaffen muß erhöht werden. Dies ist eine Voraussetzung, um destabilisierende Waffenkonzentrationen frühzeitig erkennen zu können. Es sollte geprüft werden, ob langfristig ein noch zu schaffendes internationales Kleinwaffenregister – in Analogie zum VN-Waffenregister über ausgewählte Großwaffensysteme – die notwendige Übersicht über Import- und Exportbewegungen geben könnte.

5. Maßnahmen im Rahmen der Vereinten Nationen, der OSZE oder anderer regionaler Organisationen, nach militärischen Konflikten im Kontext der Bemühungen um eine politische Konfliktlösung auch Demilitarisierungsmaßnahmen voranzutreiben, sollten forciert werden. Neben der Reintegration der ehemaligen Kämpfer in das zivile Leben, Förderung der Demokratisierung oder der Herstellung der Rechtssicherheit sollten auch Maßnahmen ergriffen werden, um den Bestand an Kleinwaffen zu verringern und vor allem irreguläre Streitkräfte vollkommen zu entwaffnen. Sogenannte „Buy-back-Programme" können bei richtiger Anwendung angesichts der materiellen Not in vielen Konfliktgebieten einen hohen Anreiz für die Abgabe der Waffen bieten. Es ist aber darauf zu achten, daß nicht durch eine Stimulation der Nachfrageseite die Produktion neuer Waffen angeregt wird, also letztlich ein Austausch alter gegen neue Waffen gefördert würde.

Begründung

Kleinwaffen sind in den Kriegen und Konflikten unserer Zeit, die hauptsächlich in der sog. Dritten Welt ausgetragen werden, zu der Waffengattung geworden, die in besonderem Ausmaß Leid und Opfer unter Kombattanten und Zivilbevölkerung verursachen. Der Grund dafür liegt in der Tatsache begründet, daß diese Waffen leicht verfügbar, relativ preisgünstig und verhältnismäßig leicht zu handhaben sind. Unter die Kategorie Kleinwaffen fallen in erster Linie Handfeuerwaffen, (leichte) Maschinengewehre, Steilfeuerwaffen wie bestimmte Typen der leichten Artillerie oder der Mörser, Panzerabwehrraketen und die dazugehörige Munition. Lediglich Anti-Personen-Minen, die ebenfalls zur Kategorie der Kleinwaffen zu zählen sind, unterliegen bisher internationalen Beschränkungen und Verboten. Alle anderen Kleinwaffen sind von keiner internationalen Kontrolle erfaßt.

Einfache Lösungen für die Kleinwaffenproblematik gibt es nicht. Zum einen ist bereits eine enorme Menge dieser Waffen im internationalen Handel oder in der Verfügung von Streitkräften, paramilitärischen Einheiten oder auch Zivilisten. So gehen Schätzungen davon aus, daß auf der Welt z. B. etwa 500 Mio. Handfeuerwaffen zirkulieren. Zum anderen bestehen weiterhin eine ungebremste Nachfrage und eine zunehmende Anzahl von Staaten, die die Fertigungskapazitäten haben, um diese Nachfrage zu befriedigen. Zudem sind die legitimen Interessen rechtmäßiger Inhaber von Waffen (z. B. Jäger und Sportschützen) zu berücksichtigen. Notwendig ist daher ein komplexer Ansatz von nationalen, regionalen und globalen Maßnahmen, der neue Wege für den Bereich der sog. Mikroabrüstung beschreitet.

Bonn, den 4. März 1998

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333